

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Wahlspruch:

Treu der alten Helmat und der neuen.

5. Jahrgang

Tientsin, Freitag, den 1. Juni 1934.

Nummer 1122

Die Abrüstungskonferenz vor der Entscheidung

Simon schlägt den MacDonal Plan als Grundlage vor. Auf Englands Seite stehen die Schweiz, Spanien, Holland, Schweden, Dänemark. „Keine Sicherheit ohne Abrüstung“—

Barthou greift Simon und Deutschland scharf an. Frankreich ist unversöhnlich. „Keine Aufrüstung der abgerüsteten Nationen“.

Genf, den 30. Mai (Transocean A.) Sir John Simon bezeichnete in einer langen Rede zur Eröffnung der zweiten Sitzung der Abrüstungskonferenz die Ausgleiche der französisch-deutschen Gegensätze als lebenswichtige Aufgabe der Konferenz, und schlug den MacDonal Plan und das englische Memorandum vom 29. Januar, welches verschiedene Abänderungen enthält, die den Plan für Deutschland annehmbar machen, als Grundlage zu einem Uebereinkommen vor. Der britische Standpunkt, sagte Sir Simon, wird von dem neutralen Block unterstützt — Schweiz, Spanien, Holland, Schweden, Dänemark und Norwegen. Obgleich Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund die Lage verschärft hat, rechtfertigt er trotzdem nicht das erste Ergebnis der nachfolgenden Verhandlungen zwischen den einzelnen Ländern.

Sir Simon schlug dann vor, dass die Konferenz die Verhandlungen auf drei Punkte beschränkt: Chemische Kriegsführung, Veröffentlichung der Militärausgaben und Schaffung einer ständigen Abrüstungskommission. In einem Kommentar zu den Reden am Dienstag, begrüßte der britische Aussenminister herzlich den Vorschlag von Norman Davis, dass die Konferenz zu einem Uebereinkommen für die Kontrolle des Waffenhandels gelangt. Er verneinte dann den Wert eines Sicherheitsvertrages, welcher von Maxim Litwinoff vorgeschlagen worden war. „In dem Protokoll der Genfer Verhandlungen von 1924 ist festgestellt worden, dass keine wirkliche Sicherheit möglich ist, bevor eine Abrüstung erfolgt ist. Weiter sind einzelne oder örtliche Sicherheitsverträge weit weniger wertvoll als ein allgemeines Abkommen wie der Locarno Vertrag, in dem alle Weltmächte die deutsche Westgrenze garantieren. England wird natürlich dieses Versprechen halten.“

Barthous Rede hatte durch die Vertagung von gestern auf heute nicht an Temperament verloren, und enthielt scharfe Angriffe auf Sir Simon als Vermittler und auf den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage. Allgemein wird erklärt, dass sie in der schärfsten und offensten Sprache abgefasst

war, die ein französischer Aussenminister in Genf seit den ersten Nachkriegsjahren gebraucht hat.

Barthou sah seinen Stolz darin, die unversöhnliche Beharrung Frankreichs auf seinen nicht misszuverstehenden Bedingungen zu betonen. Frankreich stehe fest zu dem Vorschlag vom 14. Oktober: „Keine Aufrüstung der abgerüsteten Nationen“. Er scheute sich nicht zu erklären, dass Sir Simon, Dorman Davis, Benesch und andere Deutschlands Austritt verschuldet hätten. „Es ist undenkbar“, fuhr Barthou fort, „dass der Beschluss der Mächte am 14. Oktober seine Gültigkeit verloren hat, nur weil Deutschland ausgetreten ist.“ „Die britische Regierung verlangt jetzt, dass Frankreich diesen Beschluss zugunsten der Brücke ableugnet, welche England zwischen sich und Deutschland zu bauen hofft. Ernsthaft neutrale Länder behaupten, dass Frankreich durch die Note vom 17. April die Tür zu weiteren Verhandlungen zugeschlagen hat. Dies trifft nicht zu, denn die Türen sind weit geöffnet. Es sind die Türen der Abrüstungskonferenz in Genf.“

Dann ging der Aussenminister kurz auf das deutsche Militärbudget für dieses Jahr ein und sagte, dass Deutschland in klaren Zahlen eine Aufrüstung zugebe. Barthou versuchte dann Deutschland die ganze Verantwortung für den Fehlschlag der Abrüstungsverhandlungen aufzubürden und sagte weiter, dass das Reich barsch die Konferenz verlassen habe und jetzt versuche, mit Gewalt der Konferenz seinen Willen aufzuzwingen. In Deutschland — einem Lande, dessen wertvolle Beiträge für die Zivilisation ungeschwächte Bewunderung verdienen — hat der preussische Geist jetzt die Oberhand gewonnen und ist bereit, Frankreich seine Befehle zuzubellen. Betreffs der Sicherheitsfrage erklärte Barthou, dass er nicht völlig Litwinoffs Lobrede über die Sicherheitsverträge zustimmen könne, aber mit Befriedigung die erfolgreiche Entwicklung des allgemeinen Sicherheitsprinzips wahrnehme.

Nach Barthous Rede vertagte sich die Konferenz bis Freitag nachmittag, um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, die letzten Entwicklungen genau zu prüfen.

Das Führen der Hakenkreuzflagge im Ausland

Die deutsche Reichsregierung hat in einer Kundgebung zu dieser Frage, wie folgt, Stellung genommen:

Das Auslandsdeutschtum ist vielfach noch nicht darüber einig, ob der Auslandsdeutsche neben der traditionellen schwarz-weiß-roten Fahne auch die Hakenkreuzflagge hissen soll. Aus den erhobenen Einwänden ergibt sich deutlich, dass diese Zurückhaltung meistens nicht etwa von innerer Abneigung der nationalsozialistischen Regierung, sondern von der Befürchtung bestimmt wird, dem einzelnen Auslandsdeutschen könnten aus dem Zeigen der Hakenkreuzflagge persönliche insbesondere geschäftliche Nachteile entstehen.

Nachdem am 12. November 1933 über 90% des deutschen Volkes für die vom Führer und Reichskanzler geschaffene nationalsozialistische Bewegung gestimmt haben, würde es in Deutschland nicht verstanden werden, wenn die Auslandsdeutschen der Hakenkreuzflagge als dem Symbol der nationalen Erhebung nicht den gleichen Platz einräumen wollten, wie der traditionellen schwarz-weiß-roten Fahne. Vielleicht wird vielen Auslandsdeutschen der Entschluss erleichtert, auch die Hakenkreuzflagge zu zeigen, wenn ihnen zum Bewusstsein gebracht wird, dass sie damit die Politik der Reichsregierung unterstützen. Die Reichsregierung und das deutsche Volk erwarten, dass auch die Auslandsdeutschen mithelfen, der Hakenkreuzflagge als dem Symbol der nationalsozialistischen Idee, auf der der Bestand der deutschen Nation heute allein ruht, trotz aller augenblicklichen persönlichen Nachteile Geltung und Achtung im Auslande zu verschaffen. Durch ein Jahrzehnt haben in der Heimat deutsche Männer Blut und Leben lassen müssen, bis der Hakenkreuzflagge der Sieg erkämpft wurde. Der Auslandsdeutsche sollte daher den gleichen Mut und die gleiche Opferbereitschaft beweisen, unter Zurückstellung des eigenen Nutzens nunmehr auch im Auslande der Hakenkreuzflagge als sichtbarem Ausdruck des deutschen Gedankens den gebührenden Platz zu verschaffen. Das Gefühl, damit die deutsche Ehre im Auslande gegen kommunistische, marxistische und jüdische Gegner zu verteidigen, gegen die Deutschlands beste Männer seit 1918 mit zäher Ausdauer unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen gekämpft haben, sollte jeden Auslandsdeutschen mit Stolz erfüllen und Nachteile persönlicher Art vergessen lassen.

Nach nationalsozialistischer Auffassung bereitet die Politik der Wirtschaft den Weg und nicht umgekehrt; der Handel folgt der Flagge. Wenn der Auslandsdeutsche durch das Zeigen der Hakenkreuzflagge ein mutiges Bekenntnis zu seiner deutschen Heimat ablegt, so hilft er der Reichsregierung, die Politik der deutschen Gleichberechtigung gegen Anfeindungen und Verleumdungen eines feindlichen Auslandes durchzusetzen. Siegt diese Politik, so wird auch die deutsche Wirtschaft und der deutsche Handel unter dem Schutz eines erstarkten Deutschlands einen neuen Aufschwung nehmen. Der Auslandsdeutsche, der die Hakenkreuzflagge zeigt, dient deshalb der Weltgeltung der deutschen Nation und zugleich sich selbst.“

Das Ende der Transfer Konferenz

Berlin, den 29. Mai (Transocean K.) Die Transfer Konferenz beendet heute nachmittag ihre Arbeiten, ohne ein Abkommen erreicht zu haben. Die Reichsbank bot ein Transfer der Zinsen auf lang- und mittelfristige Kredite für dieses Jahr vom ersten Juli an durch Zertifikate für die Couponbesitzer, welche 1945 zahlbar sind und 4% Zinsen tragen. Die Reichsbank verpflichtete sich weiter zum Ankauf der Zertifikate auf Wunsch des Gläubigers zum Minimalpreis von 60% in bar. Dies Angebot wurde von Grossbritannien, Frankreich und Schweden angenommen, aber von Holland und der Schweiz abgelehnt. Die Vereinigten Staaten blieben gleichgültig und betonten nur ihre Opposition gegen jegliche Vernachlässigung.

Die deutsche Presse zu der vorläufigen Lösung des Transferproblems

Berlin, den 30. Mai (Transocean A.) Die deutsche Presse zeigt keine grosse Begeisterung über den lauen Entschluss der Transfer Konferenz, aber die Deutsche Allgemeine Zeitung und andere Zeitungen heben hervor, dass, wenn die Konferenz auch nicht das Transferproblem gelöst hat, sie trotzdem einige Erfolge aufzuweisen habe, insofern als die Gläubiger formell anerkannt haben, dass die Verhandlungen über das Transferproblem nicht alle 6 Monate neu eröffnet werden können, dass Deutschlands Mangel an Devisen Zugeständnisse vonseiten der Gläubiger notwendig macht, und dass die deutschen Schuldner nicht zahlungsunfähig sind, und dass ferner die Schwierigkeiten nur auf die ver-

wirrende Transferfrage zurückzuführen sind. Ein weiterer Erfolg ist, wie die Zeitung schreibt, dass die langfristigen Gläubiger schliesslich die Rechtfertigung der deutschen Politik anerkannt haben, die deutschen Bonds im Auslande zurückzukaufen, um den deutschen Exporthandel zu heben. Die Börsenzeitung betont, dass das Transferproblem ein rein wirtschaftliches Problem ist und keinerlei Verbindungen mit irgendwelchen politischen Bestrebungen hat. Daher kann die Anwendung von wirtschaftlichen oder politischen Druckmitteln nur irreführen, da sie nicht die Lage verändern können, welche durch den Devisenmangel Deutschlands verursacht worden ist. Die Mehrzahl der Zeitungen hebt hervor, dass die Gläubiger die Notwendigkeit eines Moratoriums für Deutschland anerkannt haben und sich daher bereit erklärt haben, für 6 Monate auf Auslandszahlungen Verzicht zu leisten. Theoretisch trifft dies nicht zu auf die Dawes, Young, Leehigginson und Krüger Anleihen, aber in Wirklichkeit — wie die drei Zeitungen sagen — wird das Moratorium gleichgültig der Folgen alles umfassen, aus dem einfachen Grunde, weil keine Devisen bei der Reichsbank vorhanden sind, mit denen das Transfer erfolgen könnte. Die DAZ und das Berliner Tageblatt sagen, dass jedermann Grund hat, sich zu beglückwünschen, dass keine „Zahlungssäumigkeits“-Erklärung abgegeben worden oder ein offener Bruch zwischen beiden Seiten erfolgt ist. Alle Zeitungen wiederholen den aufrichtigen Wunsch der deutschen Regierung und der Reichsbank nach einer möglichst baldigen Erholung des Welthandels, damit Deutschland das Moratorium für beendet erklären kann.

Unsichere Börse

Berlin, den 30. Mai (Transocean) Der Aktienmarkt war heute unsicher, die Verkäufer sowie das Publikum hielten sich zurück, da die amtliche Erklärung über die Ergebnisse der Transferkonferenz zeigte, dass eine endgültige Regelung des ganzen Schuldenproblems noch nicht erreicht worden ist. Die Preise waren unbestimmt. Das Geschäft in festverzinslichen Sicherheiten war klein und die Preisveränderungen unbedeutend. Tägliches Geld notierte 4½ bis 4¼.

Reichsmarknotierungen (ohne Gewähr) waren New York 30,07; Paris 592½ und Amsterdam 57,7. Das Pfund Sterling notierte in Paris 77,03 und der U.S. Dollar 15,175.